



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Eine Stimme aus den Hansestädten.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

hat. Wir haben sie nie mit dem abschließenden Hochmuth einer siegreichen Rasse behandelt, wir haben ihnen länger als durch ein halbes Jahrhundert eine Nachsicht und Schonung bewiesen, welche zuweilen weicher Schwäche mehr ähnlich sah, als sicherer Kraft. Wir sind in die Lage gekommen, mit ihnen einen friedlichen Kampf um Grund und Boden kämpfen zu müssen, nicht aus roher Eroberungssucht, nicht weil es uns Freude macht, sie von ihrer heimischen Erde zu vertreiben, sondern weil die Sorge für unsere Selbsterhaltung uns dazu zwang. Wenn der Engländer Macaulay in dem nachgelassenen Band seiner englischen Geschichte die Theilung Polens die schmachvollste That der europäischen Politik nennt, so verzeihen wir diese hohle Zeitungsphrase einem Todten; seinen Landsleuten aber wünschen wir, daß sie bei allen ihren Kämpfen mit fremden Nationalitäten mit so gutem Gewissen und unter dem Zwange einer so ernstern Nothwendigkeit gehandelt haben mögen, wie Preußen, da es Stücke des polnischen Landes für sich und Deutschland in Besitz nahm. ♀

Eine Stimme aus den Hansestädten.

Bremen im September.

Die Artikel, welche die „Grenzboten“ der zu begründenden deutschen Kriegsmarine gewidmet haben, sind wol nirgend mit lebhafterem Interesse gelesen worden als in unseren Seestädten, obwol wir selbst nicht eben sehr glimpflich von dem Verfasser behandelt worden sind. Er stellt uns, wie wir uns nicht verhehlen können, gewissermaßen an den Pranger und wirft uns eine Reihe politischer Laster und Gebrechen vor, welche uns selbst mit Abscheu erfüllen müssen. Wir besitzen keinen Patriotismus; wir wollen lieber bettlerhaft durch die Welt uns krümmen als etwas von unserem Mammon für eine deutsche Marine opfern; wir sind von einem engherzigen Particularismus besessen; wir sind vernarrt in unsere kleine Souveränität; wir sind so beschränkt, daß wir nicht einmal die Interessen unseres eigenen Handels verstehen; wir sind namentlich die entarteten Nachkommen der alten Hansa, unfähig den Ruhm der kriegerischen Väter zu wahren, vor deren Flagge einst die Könige zitterten. Ungeachtet dieser von schweren Anschuldigungen strotzenden Anklage-

acte wagen wir es mit leichtem Herzen vor die Jury hinzutreten, welche aus den Lesern dieser Zeitschrift besteht. Wir plaidiren „Nicht schuldig“ und wir leben der getrosten Zuversicht, daß der Wahrspruch der Geschworenen, ja daß der öffentliche Ankläger selbst uns freisprechen wird.

In einem Punkte freilich räumen wir unsere Schuld ein. Ja es ist wahr, wir sind nicht mehr, was die alte Hansa gewesen ist. Wir spielen nicht mehr auf den Meeren die große Rolle, die unsere Vorfahren so glorreich durchführten. Aber wir glauben, daß wir „mildernde Umstände“ zu unseren Gunsten anführen können. Wir sind unserer nur noch drei, während die alte Hansa ihre Bundesglieder nach vielen Duzenden zählte. Die Gegner der alten Hansa dagegen waren arme und unbehilfliche Dynasten, deren verfügbare Streitkräfte keinen Vergleich aushalten mit der organisirten Macht moderner Königreiche selbst dritten Ranges. Wir sind für Deutschland, abgesehen von unserer politischen Verfassung, was Rotterdam und Amsterdam für Holland, was Liverpool und Hull für England, Marseille und Havre für Frankreich sind, Handelsplätze, Seehäfen, ohne die Mittel, selbständig in die große Politik einzugreifen. Ich für meine Person kann mir auch nicht vorstellen, daß unser Ankläger, als er seine glänzende Schilderung von den Kriegsthaten der alten Hanseaten entwarf, ernstlich daran gedacht hat, Ansprüche auf ähnliche Leistungen an uns zu erheben. Er hat gewiß nur damit bezweckt, unser, wie er annahm, eingeschlafenes Ehrgefühl zu erwecken, und uns zu ermahnen für die Sache der deutschen Seegeltung nach dem Maße unserer jetzigen Kräfte thätig zu sein.

In der That, wenn wir in seinen Artikeln an die praktischen Anforderungen kommen, so finden wir, daß er nichts Anderes will. Er verlangt von uns Bremern eine Leistung, deren jährlichen Geldwerth er auf 50,000 Thlr. und mit Einschluß der Anlagekosten auf 75,000 Thlr. veranschlagt. Er fordert nichts, was auch nur entfernt solche Wirkungen hervorrufen könnte, wie die alte Hansa sie mit ihren Flotten erreichte. Er selbst weiß sehr wohl, daß dazu die vereinigten Budgets der drei Städte nicht im Mindesten ausreichen würden, selbst wenn dieselben nur für Kriegsschiffe verwandt würden.

Haben wir in diesem Punkte die Absicht des Anklägers richtig verstanden, so haben wir die Genugthuung, ihm erklären zu können, daß zwischen ihm und uns Bremern in der Hauptsache ein vollkommenes Einverständnis herrscht und vom Anfang an geherrscht hat. Seitdem in unserer Mitte die Flottenfrage in erneute öffentliche Anregung gekommen ist, d. h. seit vorigem Frühjahr ist dasjenige, was die Artikel der „Grenzboten“ uns so nachdrücklich und eifervoll als unsere Schuldigkeit predigen, als etwas durchaus Selbstverständliches von uns anerkannt worden. Von uns, d. h. von dem gesammten Bremen, von dem Senate, von der Bürgerschaft, von dem Publicum, von

der Presse. Sofort nach der ersten Wiederanregung der Sache, wie gesagt, faßte die bremische Bürgerschaft einstimmig den Beschluß, staatsseitig für die bessere Verteidigung der Küsten und des Seehandels mit anderen deutschen Regierungen zusammenzuwirken, und dem Principe dieses Beschlusses trat der Senat unverweilt bei. Das Publicum machte zwar keine geräuschvollen Zustimmungsdemonstrationen; dergleichen liegt den hiesigen Sitten und Gewohnheiten fern; aber daß die Bevölkerung in allen Klassen völlig einverstanden mit den Erklärungen ihrer gesetzlichen Vertreter gewesen sei, daran zu zweifeln ist hier schwerlich Jemandem in den Sinn gekommen. Die Presse endlich war einstimmig in ihren patriotischen Kundgebungen, und während des ganzen Sommers ist sicher in Bremen kein Wort über die Marineangelegenheit gedruckt worden, welches gegen eine staatsseitige Förderung derselben gerichtet gewesen wäre. Es scheint aber, daß man im inneren Deutschland von uns lautere und umständlichere Betheuerungen unserer Opferwilligkeit erwartet hat, und es mag sein, daß wir in diesem Stücke durch Unterlassung gesündigt haben. Wir haben uns eingebildet, daß Worte überflüssig seien, wo Alle, man darf wohl sagen ausnahmslos, die That für gesichert ansahen.

Vielleicht sind wir aber, nachdem wir den ersten Beschluß gefaßt hatten, mit der Ausführung zu säumig gewesen. Die Monate Juli, August und September sind verflossen, und noch ist nicht definitiv entschieden, was wir thun und wie wir es thun wollen. Ich räume ein, daß eine raschere Erledigung der Angelegenheit möglich gewesen wäre. Aber die Schuld der Verzögerung ist weder uns allein zur Last zu legen, noch ist sie, bei Lichte betrachtet, so unverzeihlich, wie sie dargestellt worden ist. Zunächst ist zu bemerken, daß Verhandlungen mit der preußischen Regierung einem endgiltigen Beschlusse Bremens voranzugehen hatten. Die preußische Regierung hatte die Führung dieser Verhandlungen ihrem Gesandten bei den Hansestädten übertragen, zugleich aber sich damit einverstanden erklärt, daß dieselben nicht während der Sommermonate zu eröffnen seien. Der Gesandte selbst mußte in Marienbad, wenn wir nicht irren, eine Cur gebrauchen; die bremische Bürgerschaft war in alle Himmelsrichtungen zerstreut; das Berliner Cabinet befand sich in Bädern oder auf Gütern; das auswärtige Ministerium war thatsächlich ohne Chef. Man scheint nicht angenommen zu haben, daß die Sache Nachtheil leiden werde, wenn man sie bis September vertage; von preußischer Seite wenigstens hat man, des Erfolges in der Hauptsache sicher, gegen den kurzen Aufschub der Detailfragen kein Bedenken geäußert.

Dahin sind die drei Sommermonate nicht ungenutzt verstrichen. Unser Ankläger behauptet freilich, wir hätten während dieser Zeit uns bemüht, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen und unter allerlei nichtigen Vorwänden

die Leistungen, zu denen wir anfänglich uns erboten hatten, von uns abzuwälzen gesucht. Der Senat, von reichsstädtischem Souveränitätsschwindel erfüllt, habe sich gegen preußische Führung gesträubt, man habe sich hinter den Bundestag zu stecken gesucht; man habe, um nur keine Kanonenboote bauen zu müssen, den Bau von Fregatten gefordert; man habe in der Presse die uns angefonnene Last als eine unerschwingliche dargestellt. Allein alle diese Anschuldigungen sind einfach unwahr.

Was zunächst den behaupteten Souveränitätsschwindel betrifft, so ist darüber Folgendes zu bemerken. Ursprünglich herrschte sowol in Preußen wie in den Städten die Idee vor, die künftige Nordseeflotte solle aus Contingenten der einzelnen Staaten bestehen. Noch die Erklärung der Bremischen Bürgerschaft ging von diesem Gedanken aus. Jeder Staat baute danach selbst seine Schiffe, unterhielt und bemannte sie selbst, und nur eine gewisse äußere Organisation vereinigte die verschiedenen Flottenabtheilungen zu einer Art von Einheit, ähnlich wie im Bundesheere die Brigaden und Divisionen der verschiedenen „Kriegsherren“ sich zu einem Armee-corps vereinigen. Nur daß im Kriegsfalle Preußen den Oberbefehl über die Seemacht führen werde, ward von vorn herein ausgemacht. Was that nun dieser Idee gegenüber der Bremische Senat? Sagte er, daß sie zu weit gehe, zu tief in seine Regierungsrechte eingreife? Nein, er sagte: diese Idee geht nicht weit genug. Preußen muß nicht allein im Kriege, sondern auch im Frieden die Marine in der Hand haben. Bei einer Zersplitterung der Kräfte in einzelne Contingente kommt nie so viel heraus, wie bei einer einheitlichen Leitung und Verwaltung; in kleinen und engen Verhältnissen kann ein tüchtiger Seedienst nur schwer, nur unvollkommen sich entwickeln; innerhalb einer Miniaturlotte, wie Bremen sie doch immer nur stellen könnte, verkümmert — namentlich in langen Friedensjahren — der kriegerische Geist und der Trieb technischer Bervollkommnung; darum ist es besser, kurz und gut durch alle theoretischen Souveränitätsbedenken einen Strich zu machen und das bremische Flottencontingent der preußischen Marine, nicht äußerlich anzuschließen, sondern gänzlich einzuverleiben. Preußen ist in Sachen der Marine der factische Vertreter Deutschlands und Bremen mag sich so zu ihm stellen, wie die deutsche Stadt zu einem deutschen Seeministerium stehen würde. Im Interesse der Sache verzichten wir gern auf unsere selbstherrlichen Rechte; so weit es an uns liegt, erkennen wir in der preußischen die deutsche Marine, und wir sind bereit demgemäß zu handeln. „Sah das der Herrschsucht wol an Cäsar gleich?“ Ist dieses Programm ein Zeichen von engherzigem Particularismus, von übertriebenem Souveränitätsschwindel? Wenn einige Wochen erforderlich gewesen sind, um für diesen Schritt das erforderliche Terrain zu gewinnen, kann man sagen, daß diese Wochen für die

Flottensache verloren gegangen seien? Ist nicht diese Wendung der Sache weit bedeutungsvoller als der Bau bremischer Kanonenboote hätte sein können? Die preussische Regierung, wie ich Grund habe anzunehmen, hat sich keinen Augenblick besonnen, diese Frage mit Ja zu beantworten.

Aber wir haben den Bundestag vorgeschoben und unsere Mitwirkung von einer entsprechenden Erleichterung unserer Militärlast abhängig machen wollen? Ich weiß nicht, aus welchen Quellen unser Ankläger diese Behauptung geschöpft hat, aber ich kann ihn versichern, daß seine Quellen ihn getäuscht haben. Von Einschlagung des Bundesweges ist niemals die Rede gewesen, und ebenso wenig hat man die Absicht gehegt, Preußen gegenüber die Bedingung einer Erleichterung unserer Bundespflichten aufzustellen oder auch nur zu erwähnen. Ich habe wol vernommen, daß im allerersten, noch etwas chaotischen Stadium der Flottenfrage ein Mitglied des Bremischen Senats privatim die Idee aufgestellt hatte, Preußen solle mit den Uferstaaten eine Marine organisiren und dann hintendrein für dieselbe vom Bunde die Anerkennung als Bundesinstitut und die schwarz-roth-goldne Flagge begehren, allein dieser Vorschlag ist nie aus der Privatsphäre herausgetreten. Möglich daß er Anlaß zu den irrigen Anschuldigungen, deren ich eben erwähnte, gegeben hat. Aehnlich mag es sich mit dem anderen Vorwurfe verhalten, daß wir auf dem Bau von Fregatten beständen, um nur keine Kanonenboote anschaffen zu müssen. Privatmeinungen mögen für officielle Weigerungen genommen worden sein. Natürlich sind in einer Frage, von der im Grunde Niemand etwas versteht, die Leute ganz besonders geneigt, ihre Weisheit leuchten zu lassen, und so fehlt es auch bei uns nicht an reichlichem Vorrathe wohlgemeinter Rathschläge. Wenn wir aber, wie bemerkt, entschlossen sind, die Entscheidung der Frage der preussischen Regierung zu überlassen, so ist die Selbstfolge, daß etwaige bremische Privatsympathien für die eine oder die andere Gattung von Kriegsfahrzeugen ganz gleichgiltig werden. Ich für meinen Theil habe unsere angebliche Begeisterung für Fregatten übrigens erst aus den „Grenzboten“ erfahren.

Jedenfalls hat aber doch die bremische Presse die uns angesonnene Last als unerschwinglich dargestellt? Auch dies muß ich leugnen. Die „Weser-Zeitung“ hat einmal auseinander gesetzt, daß ein jährlicher Friedens-Etat von 200,000 Thalern für Kanonenboote unsere finanziellen Kräfte übersteige. Sie hat aber nie behauptet, daß 50,000 Thaler zu viel sein würden. Unser Ankläger aber reducirt zuerst die 200,000 Thaler auf ein Viertel und spricht dann, als ob unsere Presse gegen das Viertel protestirt hätte. Wenn ich eine 50 Pfund schwere Last, deren Gewicht ich auf zwei Centner schätze, aufzunehmen mich weigere, weil sie 200 Pfund wiege, so ist es doch ungerecht zu behaupten, ich hätte mich geweigert 50 Pfund zu tragen. Ob die Berech-

nung der „Weser-Zeitung“ oder diejenige unseres Anklägers richtiger sei, mag unentschieden bleiben, da die Frage keine praktische Bedeutung mehr hat. Der Ankläger fordert von uns nicht, was wir verweigern, und wir haben nie verweigert, was er fordert. Nur auf Eins möchte ich, um ferneren Mißverständnissen vorzubeugen, aufmerksam machen, daß wir, wenn wir die Grenze unserer Leistungen und unserer Mittel in's Auge fassen, immer nur an das Ordinarium eines Friedensbudgets denken, nicht an die außerordentlichen Opfer eines Krieges, daß mithin, wenn man uns einige Kriegsabgaben und Kriegsverwendungen der alten Hansa zur Nachahmung empfiehlt, wir diese Beispiele nicht als zutreffend anerkennen dürfen.

Noch zwei Punkte enthält die Anklageacte, die ich berühren muß. In Bremen hat man noch keine Privatsammlungen veranstaltet, und in Bremen verschließt man sich gegen die Erkenntniß, daß man im Interesse des eigenen Handels wohl daran thue, die Begründung einer deutschen Seemacht fördern zu helfen.

Mit dem Mangel an Privatsammlungen hat es seine Richtigkeit. Aber weshalb sind dieselben in Bremen unterblieben? Aus Mangel an Sympathie? Der Ankläger gibt es ja selbst zu, daß unsere „Bevölkerung“ von der besten Gesinnung erfüllt, daß nur die Regierung lau und säumig sei. Oder aus Geiz? Man kann unserem Publicum Manches vorwerfen, aber Mangel an Freigebigkeit gewiß nicht. Der Grund, welcher die Privatsammlungen bei uns gehindert hat, ist ein ganz anderer und ein recht erfreulicher. Der Staat wird die Sammlung in die Hand nehmen, das steht seit dem vorigen Juni für Jedermann unzweifelhaft fest. Der Steuererheber wird von nun an alljährlich in unsere Häuser kommen und unsere Flottenbeiträge einzassiren. Die Beiträge sind darum nicht minder freiwillig. Wenn unsere 150 städtischen Vertreter einstimmig die Flottensteuer bewilligen, wenn der Senat einstimmig sie sanctionirt, wenn im Publicum kein einziger Mund dagegen sich öffnet, so darf man wol behaupten, dies sei eine ächte Selbstbesteuerung, moralisch von eben so hohem Werthe, wie irgend eine Collecte, pecuniär wahrscheinlich von ungleich höherem. Man wird den Geldwerth capitalisirt doch immerhin auf eine Million anschlagen können, was eine hübsche Summe für einen so kleinen Staat ist. Unser Ankläger meint freilich, es sei für uns eine Kleinigkeit, 50,000 Thlr. jährlich für eine Marine aufzubringen. Aufbringen werden wir sie, und ohne Murren, aber eine Kleinigkeit ist es leider keineswegs. Wir geben ja ohnehin schon so viel aus, wird uns gesagt. Freilich, und eben deswegen wird es uns einigermaßen schwer, noch mehr auszugeben. Wäre es umgekehrt, so ginge es schon eher. Ich kann versichern, daß es unseren Finanzmännern recht viel Kopfbrechens verursachen wird, den Bedarf zu decken. Wie dem aber auch sein mag, es wird geschehen, und damit sollte

man sich zufrieden geben. Besondere Lob haben wir ja nie verlangt; nur Tadel glauben wir nicht verdient zu haben. So viel ist doch gewiß, wenn das übrige Deutschland in der nämlichen glücklichen Lage sich befände, wie wir, würde Niemand an Flottensammlungen denken. Ein Vertrauensvotum für Preußen liegt aber in unserem Verfahren so unzweifelhaft, daß es kaum unbedingter gedacht werden kann.

Soll ich noch von unserem commerciellen Interesse reden? Der Vorwurf, daß wir den Flottenschutz für unseren eigenen Geldbeutel zu gering anschlugen, klingt etwas eigenthümlich in dem Munde eines Mannes, welcher so geringschätzig von dem Commissions- und dem Expeditionsgeschäfte der Hanseaten spricht und es ihnen zum Verbrechen anrechnet, daß die Ladungen in ihren Schiffen so häufig nicht ihnen, sondern Anderen gehören. Je begründeter diese Behauptung ist, desto nothwendiger folgt daraus, daß jene „Anderen“, daß also namentlich das übrige Deutschland, wenn man einmal eine Interessenfrage aus der Sache machen will, mehr Vortheil von der Kriegsmarine haben würden als unsere armseligen Rheder, denen ja nur selten noch, wie in der glorreichen alten Zeit, die Waare in ihren Schiffen gehört. Inzwischen werden wir, wie schon gezeigt, bei der Bemessung unserer Leistungen uns nicht auf diese Consequenz berufen. Wir werden über unsere Durchschnittsquote hinausgehen und nicht etwa darauf hinweisen, daß in anderen Ländern die Seeplätze nicht mehr als jedes Dorf zu den Kosten der Staatsmarinen herangezogen werden, am allerwenigsten zwei oder drei Seeplätze unter allen übrigen. Allein so viel steht fest, daß wir dazu nicht um unseres Geldbeutels willen uns bereit erklärt haben, sondern lediglich aus politischen Gründen. Wenn wir wirklich solche Krämerseelen wären, wie unser Ankläger sagt, wenn wir nur den kaufmännischen Nutzen im Auge hätten, so würden wir unser Geld in der Tasche behalten. Wir geben es gern und freudig her, weil wir nicht nach dem commerciellen Vortheil fragen, weil wir in der Marine ein unentbehrliches Werkzeug der deutschen Politik und eine Waffe des Rechts und der Ehre unseres großen Vaterlandes erblicken, weil ohne Kriegsschiffe, um es einfach zu sagen, unsere Sache mit Dänemark nicht ausgefochten werden kann. Der Geldschaden, welchen der bevorstehende Krieg mit den Dänen uns zufügen wird, bleibt, auch wenn wir eine Blokade abwenden, immer noch sehr bedeutend, und derjenige Betrag, um welchen er sich durch besseren maritimen Schutz abmindern wird, würde schwerlich eine Krämerseele bestimmen, die hohe Versicherungsprämie zu zahlen, welche für Unterhaltung einer Marine erforderlich ist. Eine Krämerseele würde denken, in großen Seekriegen werde Deutschland doch schwerlich viel zum Schutze seines schwimmenden Eigenthums thun können; ein Krieg mit Dänemark werde muthmaßlich in hundert Jahren kaum einmal vorkommen, und wenn er eintrete, so werde man seine Schiffe unter neutrale Flagge bringen

und in der Frachtfahrt zwischen neutralen Plätzen beschäftigen, auch der Blockade wegen sein Capital in auswärtigen Handelsunternehmungen anlegen können. Die Blockade selbst werde zwar auf eine Zeit lang, vielleicht auf zwei Jahre, den Handelsgewinn am Plage selbst in's Stocken bringen und damit eine bedauerliche Einbuße verursachen; wenn man aber dagegen berechne, daß man in hundert Jahren durch Unterlassung jeglicher Seerüstung Millionen und aber Millionen erspart habe, so müsse man ein Narr sein, wenn man sein schönes Geld für Kriegsschiffe ausgeben wolle. So würde eine Krämerseele denken, und zu ähnlichen Resultaten würde sie gelangen, wenn sie den bloßen Geldwerth der Nachteile berechnete, welche den deutschen Kaufleuten in den Häfen halbcivilisirter Völker durch eine Kriegsmarine erspart werden können. Wir dagegen erkennen zwar gern an, daß eine Flotte, wie Preußen sie zu organisiren unternimmt, auch pecuniären Nachtheil bis zu einem gewissen Grade abzuwenden und namentlich, einem schwächeren Feinde gegenüber, den deutschen Producenten und Consumenten ihre Verkehrsstraßen zur See freizuhalten vermag. Aber wir glauben, daß als bloßes Assuranzgeschäft die Unterhaltung einer solchen Flotte sich nicht rechtfertigen lasse. Möglich, daß wir hierin irren, aber es ist überflüssig von unserem Irrthum uns überzeugen zu wollen. Denn mag das Geschäft kaufmännisch gut oder schlecht sein, wir werden uns daran betheiligen, und es kann Anderen ziemlich gleichgültig sein, ob wir es thun aus Eigennuz oder aus Patriotismus.

Eine französische Flottenbewegung.

Als im Jahre 1803 der Krieg zwischen Frankreich und England wieder ausbrach, befand sich die französische Marine, obwol sie ungefähr 50 Linien- schiffe zählte, gegenüber der englischen in einem unzureichenden Zustande. Es war nothwendig die Zahl der Schiffe zu vermehren, sowol um die See behaupten zu können, als auch speciell, um die schon im früheren Kriege vom französischen Directorium in's Auge gefaßte Landung an der englischen Küste auszuführen. Zu letzterem Zwecke hatten die Marine-Ingenieure platte Schiffe